

Protokoll:

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erläutert die Historie.

Rm Bordelle (FDP) stellt folgenden Ergänzungsantrag, der als Ziffer 4 in den Beschlussentwurf aufgenommen werden soll:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit allen angrenzenden Kommunen Gespräche aufzunehmen. Ziel dieser Gespräche solle sein, langfristig, an geeigneter Stelle, ein gemeinsam betriebenes Hallen- und Freizeitbad für die gesamte Region Koblenz zu errichten.“

Dies möchte man als Punkt 4 der Beschlussvorlage hinzugefügt wissen, damit man dieser auch zustimmen könne.

Begründung:

Die derzeitige finanzielle Lage von Städten und Gemeinden einschließlich unserer Stadt Koblenz wird sich unseres Erachtens mittelfristig nicht verbessern und selbst langfristig keine großen Spielräume für Investitionen in Großprojekte eröffnen. Vor dem Hintergrund der in Koblenz schon vorhandenen Aufgaben wie zum Beispiel den dringenden Brückensanierungen und den damit notwendigen Investitionen in weitere Infrastruktur, den desolaten Straßen insgesamt, den schlechten und damit stark verbesserungswürdigen Schulausstattungen - die Liste lässt sich beliebig fortsetzen - halten wir es derzeit für unverantwortlich, Gelder für den Neubau eines städtischen Hallenbads zu binden.

In einer für Städte und Gemeinden finanziell prekären Zeit, in der andere Kommunen darüber nachdenken, Bäder, Theater und sogar Schulen aus Kostengründen zu schließen bzw. diese teilweise schließen müssen, passt der Neubau eines Hallenbades in Koblenz nicht in den vor uns liegenden Jahren in den Haushaltsrahmen der Stadt.

Da auch in den umliegenden Kommunen die Bäder ein Alter erreicht haben, die über kurz oder lang auch dort zu Überlegungen führen werden, wie der Badebetrieb einigermaßen wirtschaftlich weitergeführt und aufrecht gehalten werden kann, sehen wir hierin eine Chance dieses Problem langfristig gemeinsam zu lösen.

Eine weitere, zu prüfende Alternative als Interimslösung für die Zeit des angespannten Haushalts der Stadt Koblenz kann die Lösung aus Neustadt a. d. Weinstraße sein. Hier wird im Winter die Traglufthalle „Moby Dick“ über das vorhandene Freibad gebaut. Mit diesem Effekt könnte beim Freibad Oberwerth ggf. kurzfristig und relativ kostengünstig eine Übergangslösung geschaffen werden.

Neue Ideen sind gefragt, ein „weiter so“ auf Kosten der nachfolgenden Generationen ist unverantwortlich.“

Rm Sauer (CDU) führt aus, das Oberzentrum Koblenz müsse für seine ortsansässigen Schulen, die 150 Vereine und die Bürgerinnen und Bürger ein Schwimmbad vorhalten, ein Hallenbad ohne Luxus, das dem Schwimmen und der Gesundheitsförderung diene. Die Bäderlandschaft in Koblenz sei sehr vielfältig, aber beinhalte vor allem die Freibäder, das Beatusbad, welches den Schulen und Vereinen zur Verfügung stehe und das Bad auf der Karthause für das dortige Schulzentrum und die Eliteschule. Am 31.12.2010 werde das ehemalige Universitätsbad Oberwerth geschlossen, welches rund um die Uhr von Schulen und Vereinen genutzt werde. Somit sei man auf den Neubau eines Hallenbades angewiesen.

Beim Bau durch einen privaten Investor stehe eine hohe finanzielle Summe für die Stadt im Raum. Zudem könnten dort nicht mehr die Schulen und Vereine untergebracht werden.

Die DLRG nehme ihre Ausbildungen derzeit im Stadtbad vor und sichere durch Stellung von Schwimmmeistern die Öffnung der Freibäder im Sommer. Zudem benötige man das im Hallenbad eingesetzte Personal auch in Zukunft zum Betrieb und zur Unterhaltung der Freibäder.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann nimmt zu dem Ergänzungsantrags der FDP-Fraktion Stellung, er enthalte nichts Neues. Ihre Fraktion lehne ihn ab. Der jetzige Standort sei hervorragend und man müsse auf bestmögliche Art und Weise schnell ein neues Hallenbad verwirklichen. Die SPD-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke ergänzt, auch die FBG schließe sich dem Verwaltungsvorschlag an.

Rm Wefelscheid (BIZ) stellt klar, dass man auch der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die jetzige Beschlussvorlage stelle einen Grundsatzbeschluss dar. Dies bilde eine klare Grundlage für Gespräche der Verwaltung mit dem Land. Man freue sich darüber, dass im Haupt- und Finanzausschuss die Ergänzung „Vorbehaltlich der Finanzierbarkeit“ beschlossen wurde. Mit diesem Beschlussentwurf stelle man klar, dass man einerseits die Grundlage für Verhandlungen schaffe, andererseits den Zeitpunkt der Planung offen lasse.

Rm Bordelle (FDP) erläutert, dass er für ein Schwimmbad sei, aber anlässlich der finanziellen Situation der Stadt und insgesamt aller Kommunen denke er, dass es für die Region besser sei, wenn man gemeinsam ein solches Schwimmbad baue.

Die Suche nach neuen Wegen, Gelder einzusparen oder sinnvoller anzulegen bedeute nicht, dass man in eine schlechte Verhandlungsposition komme. Er sehe nicht ein, warum die Ergänzung nicht mit übernommen werden könne.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass es normales Verwaltungshandeln sein solle, bei großen Projekten zu schauen, ob man etwas in der Region gemeinsam machen könne. Er hoffe, dass dies in Zukunft immer so getan werde. Man könne jedoch nicht das Hallen- und Freizeitbad unterstützen, da man ein Freizeitbad nicht brauche, sondern lediglich ein Hallenbad. Den Ergänzungsantrag lehne man ab, der Beschlussvorlage stimme man jedoch zu.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zum Beschlussentwurf, für den Ergänzungsantrag sehe man derzeit noch keinen Handlungsbedarf. Sie finde es sehr gut, dass die Verwaltung beauftragt werde mit dem Land in Kontakt zu treten. Hier könne man dann auch verhandeln, welche Alternativen das Land für die Studenten mit dem Schwerpunkt Sport vorsehe, wenn das Universitätsschwimmbad geschlossen werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag der FDP-Ratsfraktion bei 5 Ja-Stimmen mit Stimmenmehrheit ab.